

Handout

Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2019

Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019 im Land Brandenburg

0 Vorbemerkungen zur Erfassung politisch motivierter Kriminalität

Straftaten, die aus einer politischen Motivation heraus begangen werden, werden im „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) erfasst, welcher die Grundlage für die statistische Erfassung bildet. Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatzzeitbezogen. Ausgehend von den Motiven zur Tatbegehung und den Tatumständen werden politisch motivierte Taten entsprechenden Themenfeldern und Unterthemen zugeordnet sowie die erkennbaren ideologischen Hintergründe und Ursachen der Tatbegehung in einem staatsschutzrelevanten Phänomenbereich abgebildet. Darüber hinaus wurde zum 01.01.2019 der Angriffszielkatalog bundesweit eingeführt.

1 Eckdaten zur Fallzahlenentwicklung

1.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

Die Gesamtzahl der dem „Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) unterliegenden Straftaten beträgt für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2019 insgesamt **2.978** (2018: 1953).

93,2 %¹ der registrierten Fälle sind der Deliktsqualität „Politisch motivierte Kriminalität“, 4,3 % der Deliktsqualität „Gewaltkriminalität“ zuzuordnen und bei 2,1 % handelt es sich um Straftaten „Straftaten ohne explizite politische Motivation“. Der Deliktsqualität „Terrorismus“ werden 0,4 % aller Fälle zugeordnet.

Von den 2978 Fällen Politisch motivierter Kriminalität sind insgesamt **1.932** Fälle der PMK -rechts- (2018: 1.562) sowie **535** Fälle der PMK -links- (2018: 190) zuzuordnen. Es wurden **20** Fälle im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- und **12** Fälle im Bereich der PMK -ausländische Ideologie- im Jahr 2019 festgestellt (2018: 26 bzw. 15). **479** politisch motivierte Straftaten wurden registriert, die keinem der vorgenannten Bereiche zugeordnet werden konnten (2018: 160).

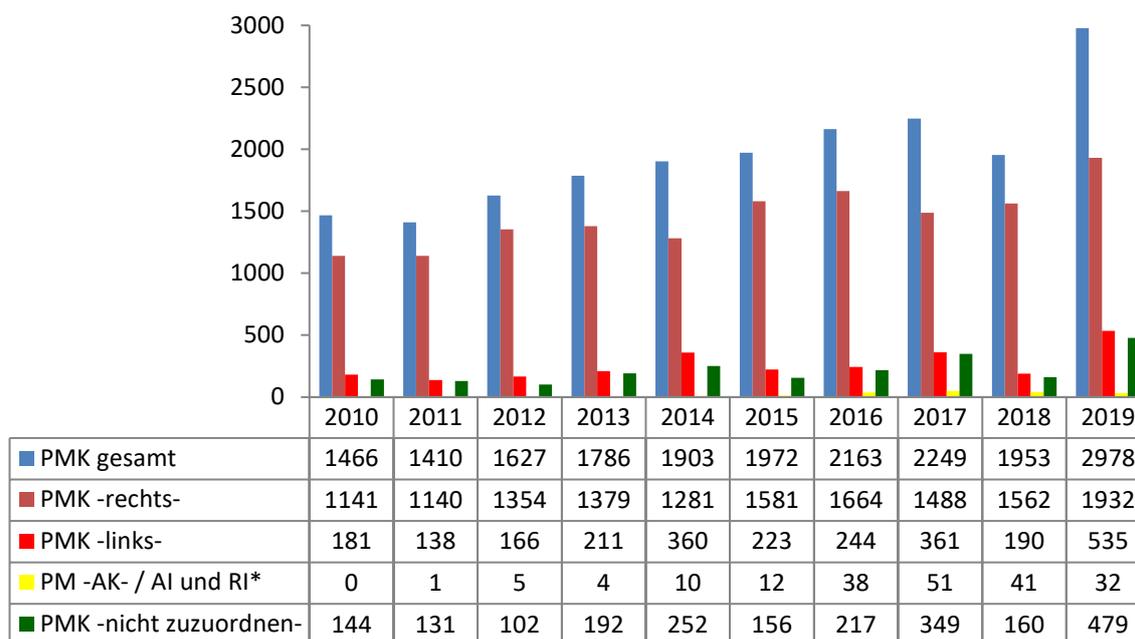
Insgesamt betrachtet liegt das Fallzahlenaufkommen 2019 im Land Brandenburg mit +1.025 Fällen erheblich über dem Vorjahresniveau (+52,5 %). Die Hauptursache für diese erhebliche Steigerung sind die politisch motivierten Straftaten die im Begründungszusammenhang mit der Europawahl, Kommunalwahl und Landtagswahl in Brandenburg registriert wurden (840 Fälle).

Im Einzelnen ist für das Jahr 2019 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen festzustellen:

- PMK -rechts- : Anstieg um 370 Fälle (+23,7 %),
- PMK -links- : Anstieg um 345 Fälle (+181,6 %),
- PMK -religiöse Ideologie- : Rückgang um sechs Fälle (-23,1 %),
- PMK -ausländische Ideologie- : Rückgang um drei Fälle (-20,0 %),
- PMK -nicht zuzuordnen- : Anstieg um 319 Fälle (+199,4 %).

¹ Alle im Bericht genannten Prozentangaben sind nach mathematischen Regeln gerundet.

Betrachtet man die Entwicklung der Phänomenbereiche im Zehnjahresvergleich, ergibt sich für das gesamte Straftatenaufkommen folgendes Bild:



*AI = PMK -ausländische Ideologie- ; RI = PMK -religiöse Ideologie- (seit 01.01.2017)

1.2 Politisch motivierte Gewaltdelikte

Im Jahr 2019 wurden insgesamt **127** politisch motivierte Gewaltdelikte (2018: 157) registriert, davon **90** aus dem Phänomenbereich PMK -rechts- (2018: 123) und **24** Fälle der PMK -links- (2018: 18). Darüber hinaus wurden **vier** Gewaltdelikte im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- (2018: vier) und **zwei** Fälle im Bereich der PMK -ausländische Ideologie- im Jahr 2019 (2018: vier) festgestellt. **Sieben** Gewaltdelikte die keinem der vorgenannten Bereiche zugeordnet werden konnten (2018: acht) wurden registriert. Damit ist das Straftatenaufkommen im Bereich der politisch motivierten Gewaltkriminalität im Vergleich zum Vorjahr um 30 Fälle (-19,1 %) zurückgegangen.

Übersicht der Fallzahlenentwicklung im Bereich der Politisch motivierten Gewaltkriminalität 2010 - 2019

Jahr	Gesamt	PMK -rechts-	PMK -links-	Politisch motivierte Ausländerkriminalität		PMK -nicht zuzuordnen-
				PMK -ausländische Ideologie-	PMK -religiöse Ideologie-	
2019	127	90	24	2	4	7
2018	157	123	18	4	4	8
2017	176	124	24	2	10	16
2016	260	167	53	12		28
2015	186	129	48	4		5
2014	108	73	30	4		1
2013	62	45	15	1		1
2012	88	58	27	3		0
2011	61	36	25	0		0
2010	96	66	30	0		0

Der Rückgang der politisch motivierten Gewaltdelikte im Land Brandenburg (-19,1 %) gegenüber dem Vorjahr, phänomenübergreifend betrachtet, ist auf eine Abnahme der Straftaten im Bereich der „Konfrontationsstraftaten mit dem politischen Gegner“, zurückzuführen.

Im Jahr 2019 sind 81 (2018: 112) fremdenfeindliche Gewaltdelikte registriert worden. Zudem ereigneten sich 18 Gewaltdelikte vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen politischen Gegner (2018: 23). Insgesamt sind im Jahr 2019, wie im Vorjahr auch, über drei Viertel aller registrierten Gewaltstraftaten aus diesen beiden Begründungszusammenhängen begangen worden. Territoriale Schwerpunkte liegen in den Polizeiinspektionen Oberhavel (20 Fälle), Potsdam (17 Fälle) und Uckermark (16 Fälle). Hervorzuheben ist der Rückgang dieser Straftaten um -75,8 % in der Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße (2018: 33; 2019: acht).

Jahr	Gewaltstraftaten/ insgesamt	davon			
		„fremden- feindlich“	„Konfrontation mit dem politischen Gegner“	Summe dieser Gewaltdelikte	% - Anteil an Gewaltstraftaten /insgesamt
2019	127	81	18	99	78,0 %
2018	157	112	23	132*	84,1 %
2017	176	107	30	137	77,8 %
2016	260	138	54	189*	72,7 %
2015	186	97	66	160*	86,0 %
2014	108	46	39	85	78,7 %
2013	62	26	27	53	85,5 %
2012	88	29	48	77	87,5 %
2011	61	20	30	50	82,0 %
2010	96	33	51	84	87,5 %

* Drei Straftaten sind sowohl „fremdenfeindlich“ als auch „gegen den politischen Gegner“.

1.3 Aufklärungsquoten insgesamt

47,7 % aller im Jahr 2019 im Rahmen des KPMD-PMK registrierten Straftaten wurden aufgeklärt. Im Jahr 2018 waren es 58,4 %. Bei Gewaltdelikten betrug die Aufklärungsquote **77,2 %** (2018: 75,8 %).

2 Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

2.1 Übersicht Politisch motivierte Kriminalität -rechts-

Im Zeitraum vom 01.01. bis 31.12.2019 sind dem Landeskriminalamt im Bereich der PMK -rechts- mit 1.932 Straftaten 370 Delikte mehr als im Jahr 2018 (1.562) gemeldet worden. Den größten Anteil bilden nach wie vor die Propagandadelikte mit 1.239 Straftaten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (1004 Delikte) ist hier ein Anstieg um 235 Straftaten (+23,4 %) erkennbar. Im Bereich der **Gewaltdelikte** (90) liegt das Fallzahlenaufkommen erheblich unter dem Niveau des Vorjahres (123). Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Jahr	PMK-Gewalt/gesamt	davon PMK-Gewalt-rechts-
2019	127	90
2018	157	123
2017	176	124

Jahr	PMK-Gewalt/gesamt	davon PMK-Gewalt-rechts-
2016	260	167
2015	186	129
2014	108	73
2013	62	45
2012	88	58
2011	61	36
2010	96	66

Die Aufklärungsquote in Fällen Politisch motivierter Kriminalität -rechts- beträgt insgesamt 54,8 % (2018: 58,8 %) und bei Gewaltdelikten 80,0 % (2018: 77,2 %).

Insgesamt ist bei Straftaten mit dem Angriffsziel „Asylbewerber/Flüchtlinge“ im Phänomenbereich PMK -rechts- ein Anstieg um 19 auf 252 Fälle (+8,2 %) zu verzeichnen, wobei im Bereich der Gewaltkriminalität auch in diesem Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität ein erheblicher Rückgang festzustellen ist. 2018 wurden 80 Gewaltdelikte registriert, im Berichtszeitraum sind es 50 Fälle (-37,5 %). Der rückläufige Trend trifft auch auf die Angriffe gegen Asylunterkünfte zu. Auf dem „Höhepunkt der Flüchtlingskrise“ im Jahr 2016 wurden 72 derartiger Straftaten vermeldet. 2017 und 2018 waren es 19 bzw. fünf und im Jahr 2019 sind drei Fälle registriert worden.

3 Politisch motivierte Kriminalität -links-

3.1 Übersicht Politisch motivierte Kriminalität -links-

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 535 Fälle (2018: 190) politisch linksmotivierter Straftaten gemeldet. Damit ist die Politisch motivierte Kriminalität in diesem Phänomen um 181,6 % gestiegen. Dieser erhebliche Anstieg der Fallzahlen (+345 Fälle) zum Vorjahr ist auf die im Begründungszusammenhang mit den Wahlen (Europawahl, Kommunalwahl und Landtagswahl in Brandenburg) begangenen Straftaten zurückzuführen. Allein in diesem Zusammenhang wurden 330 Fälle registriert.

Bei über der Hälfte aller Fälle im Bereich der PMK -links- (338 Fälle = 63,2 %) im Jahr 2019 handelt es sich, wie bereits im Vorjahr (99 Fälle = 52,1 %) um Sachbeschädigungen. Im Zusammenhang von demonstrativen Ereignissen wurden insgesamt 49 Straftaten (2018: 31) begangen. Die Aufklärungsquote in den Fällen Politisch motivierter Kriminalität -links- beträgt insgesamt 28,6 % (2018: 38,4 %) und bei Gewaltdelikten 66,7 % (2018: 61,1 %).

4. Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie-

4.1 Politisch motivierte Kriminalität -religiöse Ideologie- – Übersicht Straftaten im Land Brandenburg

Im Jahr 2019 sind im Land Brandenburg 20 Straftaten (2018: 26) gemeldet worden, bei denen Bezüge zur Politisch motivierten Kriminalität -religiöse Ideologie- gesehen werden. Dabei handelt es sich um sechs terroristische Straftaten (§§ 129a i. V. m. § 129b StGB), vier Gewaltdelikte (§§ 223, 224 StGB) und zehn sonstige Straftaten (§§ 123, 126, 130, 131, 185, 238, 241 StGB und Vereinsgesetz). 18 Delikte wurden aufgeklärt und dazu 20 Tatverdächtige ermittelt.

4.2 Lagedarstellung islamistischer Terrorismus im Land Brandenburg

Die Bundesrepublik Deutschland steht unverändert im Fokus verschiedener jihadistischer Organisationen, allen voran dem sog. „Islamischen Staat“ (IS) sowie Al-Qaida (AQ) sowie deren Regionalen Vertretern bzw. den mit ihnen ideologisch verbundenen Gruppierungen. Dementsprechend besteht für die Bundesrepublik, und folglich für das Land Brandenburg, eine anhaltend hohe Gefährdung, die sich jederzeit in Form von gefährdungsrelevanten Ereignissen bis hin zu jihadistisch motivierten Anschlägen oder Entführungen konkretisieren kann. Insbesondere die wachsende Anzahl an Personen, die geneigt sind, aus vermeintlich religiösen oder ideologischen Gründen heraus gewalttätige bzw. terroristische Aktionen zu begehen, hat maßgeblich zu einer Verschärfung der Bedrohungslage geführt. Hierbei spielen vor allem Nordkaskasier eine Schlüsselrolle innerhalb des relevanten Spektrums des islamistischen Terrorismus im Land Brandenburg. Darüber hinaus gelangte auch im Zuge der Zuwanderungsbewegung eine wachsende Anzahl an Flüchtlingen nach Deutschland. Dies birgt zwangsläufig die Gefahr, dass sich darunter aktive/ehemalige Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Organisationen befinden. Ebenso können Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung bzw. islamistisch motivierte Kriegsverbrecher auf diesem Weg ins Bundesgebiet gelangen. Entsprechende Hinweise haben sich im Land Brandenburg in der Mehrzahl der Fälle nicht bestätigt. Nichtsdestotrotz stieg das Personenpotential im Bereich des islamistischen Terrorismus sowohl bundesweit, als auch für das Land Brandenburg in den letzten Jahren stetig an.

Bislang generierte sich das Personenpotential des islamistischen Terrorismus für das Land Brandenburg ausschließlich aus nicht deutschen Staatsangehörigen. Derzeit rücken jedoch vermehrt deutsche Konvertiten in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Diese stellen aufgrund ihrer strengeren Auslegung des Islam und ihres damit einhergehenden radikalen Werteverständnisses eine erhöhte Gefahrenquelle dar. Im LKA sind mittlerweile mehrere Konvertierungen zum Islam von deutschen Staatsangehörigen bekannt, welche teilweise Bezüge zum Islamismus erkennen lassen. Diese Einzelfälle können zukünftig zunehmen. Der Islamismus ist inzwischen nicht mehr allein ein Phänomen der Großstädte und ihres hohen Migrationsanteils.

5. Politisch motivierte Kriminalität -ausländische Ideologie-

Im Jahr 2019 sind im Land Brandenburg 12 Straftaten (2018: 15) gemeldet worden, bei denen Bezüge zur Politisch motivierten Kriminalität -ausländische Ideologie- gesehen werden. Dabei handelt es sich um vier terroristische Straftaten (§§ 129a i. V. m. § 129b StGB, zwei Gewaltdelikte (§§ 223, 224 StGB) und sechs sonstige Straftaten (§ 303 StGB und Vereinsgesetz). Sieben Delikte wurden geklärt und dazu zehn Tatverdächtige ermittelt.

6. Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-

6.1 Übersicht Politisch motivierte Kriminalität -nicht zuzuordnen-

Im Berichtszeitraum übermittelten die sachbearbeitenden Dienststellen im Rahmen des KPMD-PMK 479 meldepflichtige Straftaten (2018:160), die keinem der vorgenannten Phänomenbereiche zuzuordnen waren. Bei diesen Straftaten handelt es sich um sieben Gewaltdelikte (§§ 113, 223, 224 und 315b StGB). 409 Fälle waren der Deliktsqualität „Politisch motivierte Kriminalität“ zuzuordnen. Den größten Anteil innerhalb dieser Kategorie sind Sachbeschädigungen (285 Fälle) und Beleidigungstatbestände (44 Fälle). Darüber hinaus sind 63 Propagandadelikte in der Deliktsqualität „Staatschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ registriert worden.

Insgesamt betrachtet ist in diesem Phänomenbereich ein Anstieg um +199,4 % (+319 Fälle) zu verzeichnen. Dieser erhebliche Anstieg ist ausschließlich auf das Fallzahlenaufkommen im Zusammenhang mit den im Berichtszeitraum stattgefundenen Wahlen zurückzuführen (323 Fälle).

Die Aufklärungsquote in diesem Phänomenbereich beträgt insgesamt 38,6 %.